

SOG und eidgenössische Wahlen 2011

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SOG und eidgenössische Wahlen 2011

Die eidgenössischen Wahlen 2011 sind Geschichte, das neue Parlament hat bereits die erste Session hinter sich. Trotzdem hält die SOG noch einmal kurz Rückschau auf die Phase des Wahlkampfes und zieht Schlüsse für die Zukunft.

Wie angekündigt, haben die Präsidenten der kantonalen und der Fachoffiziersgesellschaften an ihrer Konferenz vom 26. November 2011 Manöverkritik gehalten. Wesentlich war dabei der Austausch unter den Präsidenten, hier bestand fast noch mehr gegenseitiger Erklärungsbedarf als gegenüber der SOG.

Mehrheitlich herrschte Einigkeit darüber, dass die Offiziersgesellschaften sich in geeigneter Form im Wahlkampf zu Wort melden sollten. Das latente Malaise über die schwindende Zahl von Offizieren im Parlament und den damit einhergehenden Mangel an armeepolitischem Sachverstand bewegte die SOG und ihre Sektionen schon früh im Wahljahr 2011, Überlegungen zur Einflussnahme anzustellen. Lobbying sollte für die Armee genauso stattfinden wie für andere Politikbereiche, die alle auf ihre Interessenvertreter bauen können.

Kantone als Wahlkreise

Dabei war allen bewusst, dass sich die Ausgangslagen in den verschiedenen Kantonen sehr unterschiedlich präsentierten. Ebenso unterschiedlich packten die OG-Vorstände ihre Aufgabe an. Wo sich kaum ein Wahlkampf abzeichnete, wurde auf Aktionen verzichtet, und ebenfalls dort, wo die Vorstände die politische Abstinenz ihrer OG hoch halten wollten. Beides ist zu respektieren.

Anderorts legten sich die Vorstände aber ins Zeug. Massgebend waren vielfach die Kontakte, welche die OG ohnehin mit ihren Parlamentariern pflegen. Je enger die Beziehungen sind, desto mehr bestand das Bedürfnis bei den Vorständen der OG, ausgewählte Kandidaten öffentlich zu empfehlen.

Armeepolitische Grundforderungen

Ausgangspunkt der Aktion war vielerorts eine Umfrage bei den Kandidierenden. Ein von der SOG entworfener Fra-

gebogen diente als Grundlage, ergänzt mit kantonsspezifischen Aspekten. Er gelangte über verschiedene Kanäle an die Zielgruppen, wobei sich die eingespannten Parteisekretariate nicht immer als zuverlässig entpuppten. Während für die einen KOG alles auf die sicherheitspolitischen Überzeugungen der Kandidaten ankam, der militärische Grad, die politische Herkunft und eine allfällige Mitgliedschaft in der Offiziersgesellschaft nicht massgebend waren, engten andere den Kreis mehr ein und beschränkten sich zum Beispiel auf die eigenen Mitglieder, die kandidierten. So differierte auch die Anzahl der Empfehlungen. Eine KOG etwa empfahl, ungeachtet der Anzahl Sitze, welche dem Kanton im Nationalrat zustehen, alle Frauen und Männer, die ihre militärpolitischen Vorstellungen teilen. Andere KOG bezogen auch die Wahlchancen in ihre Überlegungen ein und reduzierten damit die Anzahl der Empfohlenen bewusst.

Ob die KOG schliesslich die Antworten und die dazu verlangten Begründungen schriftlich auswerteten oder die Kandidatinnen und Kandidaten sogar in eingehenden Hearings testeten, spielt für die Ernsthaftigkeit, mit der die KOG ans Werk gingen, keine Rolle. Entscheidend ist, Sicherheitspolitik wurde durch diese Aktion vielfach überhaupt erst zum Thema; sonst stand sie nämlich nicht im Mittelpunkt von Podiums- und andern Wahlveranstaltungen.

Als grundsätzlicher Gradmesser für die Unterstützungswürdigkeit der Kandidaten galt deren Zustimmung zu den drei Armeeaufträgen, zu einem Armeebestand von mindestens 100 000 Angehörigen, zu einem Ausgabenplafond von jährlich fünf Milliarden Franken und zur Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs.

Die schriftlichen und mündlichen Befragungen brachten zum Teil überraschende Ergebnisse. So garantierte der Offiziersgrad allein noch keine Sicherheitspolitik, wie sie die SOG und ihre Mitglieder

verfolgen. Es gab Frauen und Männer, die keinen Militärdienst geleistet haben und trotzdem näher an den Vorstellungen der SOG politisieren.

In Zukunft mehr Transparenz

Insgesamt war es für die Präsidentenkonferenz der SOG richtig, dass sich die Offiziersgesellschaften in die Eidgenössischen Wahlen eingeschaltet und auf diese Weise Präsenz markiert haben. Die Offiziersgesellschaften werden das in geeigneter Form wiederholen.

Für den Fall, dass wieder eine öffentliche Empfehlung, z. B. in der ASMZ, vorgesehen wird, müssen dafür jedoch einheitliche klare Kriterien definiert und zu Beginn kommuniziert werden. Auch müssen sich SOG und KOG auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Es muss den OG-Mitgliedern schliesslich einleuchten, wer weshalb unterstützt wird und wer weshalb nicht.

Und das neu gewählte Parlament?

Die erste armeerelevante Abstimmung im neuen Parlament, das Eintreten auf die Vorlage zur Ratifikation des Dublin-Abkommens, welches zur Abschaffung der Artillerie-Kanistermunition führt, hat leider gezeigt, wie wenig sicherheitspolitische Überlegungen für die Meinungsbildung ausschlaggebend sind. Die SOG versuchte zusammen mit andern Milizorganisationen, die bürgerlichen Parlamentarier insbesondere auf die Folgen des Abkommens für die eigene Artillerie hinzuweisen, mit mässigem Erfolg. Es steht zu befürchten, dass sich das Gros des neu gewählten Parlaments kaum für die Interessen der Armee engagieren wird. Die Parlamentarier, welche die Belange der Armee richtig gewichten, brauchen dringend Unterstützung von aussen. Da kommt – Wahlempfehlungen hin oder her – viel Arbeit auf die Offiziersgesellschaften zu. ■